

Zitierhinweis

Grothe, Ewald: Rezension über: Susanne Nicolai, Ernst Graf von Münster (1766–1839). Ein hannoverscher Staatsmann im Spannungsfeld von Reform und Restauration, Hannover: Wehrhahn Verlag, 2018, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 129 (2021), 1, S. 222-224, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/9fb89799294543c9b75c5aefefb2c133>

MITTEILUNGEN
DES INSTITUTS FÜR
ÖSTERREICHISCHE
GESCHICHTSFORSCHUNG

copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

ihrer Töchter. „Für Maria Theresia war Politik immer dynastische Politik, in ihrem patriarchalen Verständnis von Politik gab es kein Staatsinteresse, das unabhängig vom Haus gedacht werden konnte“ (S. 239), in Josephs Verständnis von Politik hingegen „existierte der Staat neben und unabhängig von der Dynastie“ (S. 240). Selbst die Militaria übergab Maria Theresia ihrem Sohn keineswegs vollständig. Sie bestimmte auch in diesem spezifisch „männlichen“ Politikfeld weiterhin, „wer welche Informationen erhielt“, „sie war die Herrin des Verfahrens und damit der Entscheidung“ (S. 265). Sie korrespondierte sogar – ähnlich wie seinerzeit mit Daun – mit dem Hofkriegsratspräsidenten Franz Moritz Graf Lacy teilweise hinter dem Rücken ihres Mitregenten. Ob sie diese Praxis auch unter Lacys 1774 ernanntem Nachfolger Andreas Graf Hadik fortsetzte, wird nicht thematisiert.

Besondere Hervorhebung verdient der Umstand, dass die Autorin nicht nur umfangreiche gedruckte und ungedruckte schriftliche Quellen herangezogen hat, sondern auch dingliche und bildliche Quellen in kundiger Weise zum Sprechen gebracht hat – insbesondere die Siegesmedaillen aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges, die Grundrisspläne der Repräsentationsappartements des Kaisers und der Kaiserin in der Hofburg und im Schloss Schönbrunn sowie die Fahnen und Standarten der österreichischen bzw. kaiserlich-königlichen Armee. Anstelle einer Zusammenfassung analysiert sie abschließend im kurzen letzten Kapitel die Ikonographie des „Arbeitspaars in Zinn und Blei“ auf dem Prunksarkophag Maria Theresias und Franz Stephans in der Kapuzinergruft.

Bettina Braun hat mit diesem Werk eine luzide Monographie zu einem bisher noch nie so systematisch und umfassend untersuchten zentralen Thema der Herrschaftsausübung Maria Theresias vorgelegt, die überdies sehr gut lesbar ist.

Wien

Thomas Winkelbauer

Susanne SCHILLING, Ernst Graf von Münster (1766–1839). Ein hannoverscher Staatsmann im Spannungsfeld von Reform und Restauration. (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 141.) Wehrhahn, Hannover 2018. 370 S. ISBN 978-3-86525-592-1.

Biographische Studien über Politiker des Vormärz zählen nach wie vor zu den Ausnahmen in der Historiographie. Zwar sind zu den Protagonisten des Zeitalters wie Metternich, Stein und Hardenberg ebenso wie zu führenden liberalen Köpfen wie Dahlmann gerade in den letzten Jahren moderne Untersuchungen erschienen, aber konservative mittelstaatliche Minister standen demgegenüber eher selten im Fokus der Forschung. Diese sind bisher meistens durch biographische Skizzen in Sammelbänden gewürdigt worden. Ausnahmen wie der bayrische Innenminister Karl von Abel, der kurhessische Amtskollege Ludwig Hassenpflug oder der Badener Friedrich von Blittersdorf bestätigen eher die Regel. Von den Hannoveraner Ministern lag bisher mit der Studie von Hans-Joachim Behr über Georg von Schele (1973), den Minister von König Ernst August, ein Referenzwerk vor. Susanne Schilling hat sich in ihrer von dem Landeshistoriker Hans-Georg Aschoff betreuten, 2016 eingereichten Hannoveraner Dissertation mit Ernst Graf von Münster des neben Schele wichtigsten Regierungsvertreters Hannovers biographisch angenommen.

Ernst Graf Münster erlebte seine größte Stunde während der Verhandlungen auf dem Wiener Kongress. Seine diplomatischen Fähigkeiten hatte er als Staats- und Kabinettsminister des englischen Königs und Leiter der Deutschen Kanzlei in London bereits seit 1805 erworben. In dieser „Immediatbehörde“ (S. 68) am englischen Hof kam ihm die wichtige Aufgabe zu, während der Personalunion Großbritanniens mit dem Kurfürstentum und späteren Königreich Hannover die Verbindung zwischen der Insel und dem Festland „institutionell“ zu gewährleisten und den König politisch zu beraten. Das in dieser Schlüsselposition entwickelte diplomatische Geschick als Vertrauter und Vermittler verhalf ihm in Wien zu internationaler

Anerkennung und später zu historiographischem Nachruhm. Münster gilt als ein mittelstaatlicher Vertreter der Metternichschen Restaurationspolitik und findet deshalb seinen Platz in mehreren einschlägigen Überblicksdarstellungen zur vormärzlichen Geschichte. Viel weniger bekannt war bisher dagegen sein Einfluss in der hannoverschen Landespolitik.

Schilling hat beide Felder in ihrer umfassenden Studie in den Blick genommen und anhand des umfangreichen Nachlasses von Münster, der erst seit 1974 im Hauptstaatsarchiv Hannover liegt, dessen politische Biographie aufgearbeitet. Dabei stellt sie drei zentrale Fragen in den Mittelpunkt: Wie prägte Münster das hannoversche Regierungssystem in seiner Funktion als Londoner Minister, welche politischen „Handlungsspielräume und Möglichkeitsdimensionen“ (S. 13, 61) gab es für ihn und wie sah sein Selbstverständnis aus? Gerade über letztere Frage hat es bisher sehr gegensätzliche Deutungen gegeben, die sich zwischen einem außerordentlich liberal eingestellten Staatsmann und einem „finsternen Reaktionär“ bewegten.

Schilling geht in ihrer überaus gründlichen und quellengesättigten Arbeit von den Prägungen Münsters in seiner Kindheits- und Jugendphase aus und untersucht streng chronologisch in fünf Kapiteln seine Entwicklung zum wichtigsten hannoverschen Minister des Vormärz. Durch die konsequente Kontextualisierung der Biographie ihres Protagonisten zeigt sie überzeugend, dass Münster seiner Maxime, das zu „erreichen, was practisch möglich ist“, lebenslang treu blieb. Das widerspricht der Einschätzung von Zeitgenossen und Historikern gleichermaßen, die seine Politik gelegentlich als grundsatzlos und inkonsistent beschrieben haben. Münster strebte vielmehr nach einem „realpolitischen Pragmatismus“ (S. 161, 329), der sich an der Ideenwelt des Ancien Régime ausrichtete und in der Praxis nötigenfalls davon abwich. Er bekämpfte zwar absolute Despoten, aber er scheute und verhinderte zugleich liberale Reformen. Nach Schilling setzte Münster wichtige politische Impulse und besaß herausragenden politischen Einfluss auf die Deutschlandpolitik der englischen Könige Georg III. und Georg IV. Seine Vertrauensstellung büßte er erst unter Wilhelm IV. ein, der ihn 1831 schließlich nach mehr als einem Vierteljahrhundert Amtszeit entließ.

Schilling streicht den politischen Einfluss Münsters heraus, der zunächst gegen die französische Hegemonie ankämpfte, anschließend zu den zentralen Verhandlungsführern in Wien 1814/15 gehörte und danach die Reorganisation der hannoverschen Verfassung und Verwaltung zwischen 1816 und 1823 anging. Das Verfassungspatent von 1819 trägt vor allem seine Handschrift. Hierin sicherte er dem Adel eine außerordentliche und im deutschen Vergleich sehr ausgeprägte politische Vorrangstellung zu. In dem darin etablierten Zweikammersystem kam Münsters restaurativ-konservative und ständisch-aristokratisch geprägte Denkhaltung zum Ausdruck. Seine Auslegung des berühmten Artikels 13 der Wiener Bundesakte mit der Einführung des Repräsentativsystems war eben kein „Crypto liberalismus“ (S. 335), wie er 1820 gegenüber Friedrich von Gentz klarstellte, sondern politisches Kalkül zur Sicherstellung einer dauerhaften Ordnung. Gemeint war keine moderne, sondern vielmehr eine altständische Repräsentation, die aus pragmatischen Gründen den Staat finanziell absicherte und territorial integrierte, aber keine wirkliche Partizipation breiterer Bevölkerungsschichten zuließ. Münster verhinderte stattdessen moderne Reformen, indem er sich gegen ein allgemeines Zollsystem aussprach und eine rückständige Gewerbe- und Agrarpolitik betrieb. 1819 war er in Karlsbad nicht nur einer von zehn anwesenden Ministern, die bedingungslos den restriktiven Beschlüssen zustimmten, sondern zudem diese im eigenen Territorium konsequent umsetzten. Erst die Unruhen des Jahres 1831 brachten seine Politik zum Scheitern und führten zu seinem Sturz als Minister, weil er die Situation in Hannover falsch einschätzte und damit das Restvertrauen des an seiner politischen Strategie zweifelnden Königs verlor.

Susanne Schilling hat mit ihrem Buch über den Grafen Münster eine argumentativ überzeugende, quellenfundierte Biographie eines wichtigen mittelstaatlichen Politikers im Vormärz verfasst. Wenn man überhaupt etwas kritisieren möchte, dann vielleicht den bisweilen fehlenden Blick über die Landesgrenzen hinaus auf andere mittelstaatliche Politiker dieser Zeit.

Daraus hätten sich vielleicht Schlüsse ziehen lassen im Hinblick auf weitere politische Handlungsoptionen und ähnliche Rahmenbedingungen in einer solchen Regierungsposition. Deutlich wird allerdings, wie sehr gerade Münsters Schlüsselstellung am Londoner Hof und seine Abhängigkeit vom Vertrauen des Monarchen ihm Grenzen setzte und Optionen eröffnete, damit also gleichermaßen Fluch und Segen bedeutete.

Wuppertal

Ewald Grothe

Christof AICHNER, Die Universität Innsbruck in der Ära der Thun-Hohenstein'schen Reformen 1848–1860. Aufbruch in eine neue Zeit. (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 117.) Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2018. 509 S., 2 Abb. ISBN 978-3-205-20641-5.

Die 1669 aus einem Jesuitengymnasium entstandene Innsbrucker Universität erlebte bis zu ihrem vollständigen Erlühen diverse Hoch- und Tiefphasen, wurde sie doch zwei Mal in ihrem Wachstum beschränkt. Das erste Mal wurde sie im Jahr 1781 unter Joseph II. von einer Volluniversität zu einem Lyzeum degradiert, um die Forschungseinrichtungen in Wien und Prag zu stärken, nur um elf Jahre danach wieder eingerichtet zu werden. Die zweite Auflösung erfolgte im Jahr 1810 unter bayerischer Herrschaft. 1826 nahm die Universität als nunmehrige Universitas Leopoldino-Francisceae ihren Betrieb wieder auf. In diesem Jahr war der dem rezensierten Werk titelgebende Leopold Graf von Thun und Hohenstein gerade 15 Jahre alt geworden und verlebte noch sorgenfreie Tage in Prag und Tetschen, nicht ahnend, dass er zwischen 1848 – als die Innsbrucker Universität erst wieder aus der juristischen und der philosophischen Fakultät bestand (S. 21) – und 1860 als Minister für Kultus und Unterricht die Geschicke der habsburgischen Universitäten lenken würde.

Als Gegenstand der Forschung erlebte die Universität Innsbruck im Allgemeinen und in Hinsicht auf die Einflüsse der Reformen Leo Thun-Hohensteins im Speziellen mehrere Blütezeiten (S. 34–73). Es seien für die Frühphase etwa die Arbeiten von Ignaz de Luca (1782), Jacob Probst (1869) und Alfred Wretschko (1904) erwähnt. Erst mit Franz Huter begann in den 1950er Jahren eine eingehendere Erforschung der Universitätsgeschichte, wobei zu den Standardwerken die Arbeiten zur Geschichte der Universität Innsbruck zwischen 1669 und 1945 von Gerhard Oberkofler und Peter Goller (1996) – beide sind auch für mehrere Bände der Bearbeitung der Universitätsmatrikel verantwortlich – sowie zuletzt von Margret Friedrich und Dirk Rupnow für den Zeitraum 1669–2019 (2019) zu zählen sind.

Intention des Werkes von Christof Aichner ist nicht, Wissenschaftsgeschichte zu betreiben (S. 20), sondern eine Verknüpfung zwischen Universitätsgeschichte und der damaligen Reformpolitik zu schaffen. So werden im zweiten Kapitel die Nachwehen des Vormärz aus bildungspolitischer Sicht besprochen, die Leserin und der Leser in die Grundzüge des preußischen Vorbildes eines Humboldt'schen Universitätsmodells eingeführt sowie die grundsätzlichen Reformideen von Franz Exner und Leo Thun-Hohenstein vorgestellt: Verlegung der propädeutischen philosophischen Universitätskurse in den Kompetenzbereich der dafür um zwei Jahre verlängerten Gymnasien, Lehr- und Lernfreiheit als Grundrecht der Akademiker sowie Reorganisation der Lehrendenkollegien. Der diesen Abschnitt abschließende und in Kürze dargestellte Werdegang Leo Thun-Hohensteins (S. 95–110) hilft dabei, die Person hinter den Reformen – zumal die Bestellung Thun-Hohensteins ins Unterrichtsministerium für die meisten Beteiligten unerwartet geschehen war (S. 96) – und die dabei entstehenden Probleme zu verstehen.

Im Revolutionsjahr 1848 war die weitere Entwicklung der Innsbrucker Hochschule in der Schwebe (S. 130–136); es gab einerseits Bestrebungen, sie mit einer theologischen und medizinischen Fakultät zu vervollständigen – dies scheiterte zunächst an dem Unwillen der Regierung in Wien sowie an der Weigerung des Brixner Episkopats, das Priesterseminar nach Innsbruck